

Niedersächsische Metall- und Elektroindustrie: Prämie für Verzicht auf Arbeit

Die IG-Metall hat in Niedersachsen mit den Arbeitgebern ein Pilotprojekt zur Arbeitszeitverkürzung vereinbart. Das niedersächsische Modell funktioniert eigentlich ganz einfach. Ein Teil der rund 80 000 Beschäftigten in der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie verkürzt freiwillig die Arbeitszeit; damit die vorhandene Arbeit aber dennoch erledigt wird, werden weitere Menschen beschäftigt. Die Bandbreite der Verkürzung, wie sie die Tarifparteien nach den Gesprächen darstellten, hängt von den produktionstechnischen Voraussetzungen in den Betrieben und der Bereitschaft der Arbeitnehmer zum Verzicht auf Arbeit ab. Denkbar sei sowohl, daß einzelne nur noch die Hälfte ihrer ursprünglichen Arbeit machten und dafür eine neue Teilzeitkraft eingestellt werde, aber auch, daß sechs Beschäftigte ein Sechstel weniger arbeiteten und dafür eine neue Vollzeitstelle geschaffen werde. Auf 500 bis 1 000 Neueinstellungen hofft die IG Metall.

Die Crux nun, wie bei allen Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung, sind die finanziellen Folgen für die, die weniger arbeiten. Die Tarifparteien in Niedersachsen wollen diese Beschäftigten mit einer Prämie entschädigen. Diese Prämie könne bei einem Verzicht auf die Hälfte der Arbeitszeit etwa 12 000 Mark betragen. Um die Einkommensminderung erträglich zu gestalten, müsse die Summe steuerfrei ausgezahlt werden, verlangten die Tarifparteien. Dies ist derzeit aber ohne Änderung des Steuerrechts nicht möglich. Die IG Metall appellierte an das Land Niedersachsen, eine entsprechende Gesetzesinitiative einzuleiten.

Die Überlegungen, wie die Theorie der Arbeitszeitverkürzung in die betriebliche Praxis umgesetzt werden könne, seien noch in einem sehr frühen Stadium. Genauere Modelle zur Berechnung der finanziellen Folgen der Arbeitszeitverkürzung stellte keine Seite vor, genauso wenig konnten sie sagen, ob die Prämien einmalig oder alljährlich ausgezahlt werden. Dies sei Gegenstand weiterer Verhandlungen, hieß es bei der IG Metall.

Als ersten sichtbaren und gemeinsamen Schritt von IG Metall und Arbeitgeberverband in Niedersachsen vereinbarten beide Seiten in einem Tarifvertrag aber die Gründung eines Vereins, aus dessen Vermögen die Prämien bezahlt werden sollen. Die Arbeitgeber verpflichteten sich, den Verein mit zunächst zehn Millionen Mark auszustatten. Im Gegenzug verzichtete die Gewerkschaft für ihre Mitglieder auf die monatliche Überweisung einer Kontoführungsgebühr in Höhe von 2,50 Mark – was einer jährlichen Leistung von, je nach Berechnung, gut 200 000 Mark entspricht. Dem Verein, so schlugen Gewerkschaft und Arbeitgeber vor, könnten auch das Landesarbeitsamt und das Land beitreten – und einen finanziellen Beitrag leisten.

Nach: Niedersächsische Metall- und Elektroindustrie: Frankfurter Rundschau Nr. 169 vom 24.07.1998

